

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 14 (1934-1935)
Heft: 4

Artikel: Finnland in der Krisenzeit
Autor: Wiik, Karl H.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-332083>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ROTE REVUE

SOZIALISTISCHE MONATSSCHRIFT

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

14. JAHRGANG -- DEZEMBER 1934 -- HEFT 4

Finnland in der Krisenzeit

Von Karl H. Wiik,

Generalsekretär der Sozialdemokratischen Partei Finnlands.

Finnland gewann, wie alle die ostbaltischen Staaten, seine *staatliche Unabhängigkeit* am Ende des Weltkrieges. Die Bauernschaft gelangte zur Macht und schuf sich, unter Mitwirkung der Arbeiterschaft, eine demokratische Konstitution. Dann aber traten die sozialen Gegensätze hervor. Das Bündnis zwischen Bauern und Arbeitern hörte auf, und die Bauern oder Gruppen unter ihnen erhoben sich in Littauen, in Lettland, in Estland zur Diktatur. In Finnland waren die Zustände komplizierter: es besteht hier eine reaktionäre Bourgeoisie, die alle demokratische Freiheit und auch die Interessen der Bauern bedrohen könnte. Diese sehen gerne, daß der Einfluß der Arbeiterschaft beschränkt wird, aber die Arbeiter können auch als sozialer Faktor notwendig sein im Kampfe gegen die Reaktion. Der wechselnde Machtkampf dieser Faktoren prägt das politische Leben Finnlands nach 1918.

Das wirtschaftliche Leben schien vorläufig gesund. Es gelang, den verlorenen russischen Markt mit dem englischen u. a. zu ersetzen. Der Ackerbau dehnte sich so aus, daß Finnland sich sogar der wirtschaftlichen Autarkie näherte. Die überaus wichtigen Holz-, Papier- und Zelluloseindustrien rationalisierten sich schnell. Es entstanden zahlreiche neue Sägemühlen; es lohnte sich, solche zu gründen — weil Rußland nicht mehr als Konkurrent auftrat. Die Banken drängten der Industrie, der Landwirtschaft, dem Baugewerbe ihr Geld geradezu auf.

Im Jahre 1929 kam der Rückschlag. Die Banken beschränkten den Kredit. Die Sägemühlen wurden massenhaft stillgelegt. Die Maurerkellen ruhten. Der Bauer verkaufte sein Automobil und das Klavier seiner Tochter. So begann die Krise in Finnland infolge der inneren Ursachen schon bevor sich die Weltkrise nach Finnland ausdehnte und die Lage ungeheuer verschlimmerte.

Einige *Elemente einer faschistischen Bewegung* waren indessen entstanden, besonders auf dem flachen Lande. Ein Bevölkerungsüberschuß ergab sich dort, besonders seitdem die Einwanderung nach Amerika — früher ein wichtiges Sicherheitsventil — untersagt worden

war. Auch unter den kleinbürgerlichen Elementen gab es deklassierte Leute. Aus den Reihen der pauperisierten Kleinbauern konnten Streikbrecher zu Tausenden gewonnen werden. Und die allzu zahlreichen Schulen, die in den guten Zeiten auch von vielen Bauern- und Arbeiterkindern besucht wurden, lieferten jährlich eine Menge neuer intelligenter Kräfte, die aber, besonders in der Krisenzeit, nirgends untergebracht werden konnten. So wurden auch in Finnland die Studenten zu einem Hort der Unzufriedenheit, des Faschismus und — des Imperialismus. Denn im nordwestlichen Rußland wohnten Finnen; diese Fennia irredenta sollte mit Finnland vereinigt werden. Eine Art inneren Imperialismus, die sogenannte echtfinnische Bewegung, wendete sich gegen die schwedische Bevölkerung der Küstengebiete Finnlands.

Ende 1929 kam eine faschistische Bewegung zum Vorschein. Sie entstand, anscheinend spontan, in einer kleinbäuerlichen Gegend, im Kirchspiel *Lappo* in Ostrobothnien. Aufgeregte Bauern rissen kommunistischen Jünglingen die roten Hemden vom Leibe, die sie demonstrativ getragen hatten. Alles war aber gut organisiert und die reaktionäre sogenannte Nationale Sammlungspartei war sogleich bereit, diese »Bauernbewegung« für ihre Zwecke auszunützen. Von Anfang an mischten sich antidemokratische¹, faschistische Parolen in die Ideologie der Lappoleute. Anscheinend aber blieb diese die »vaterländische« Parole: Finnland sollte von den Kommunisten befreit werden, die, mit russischem Gelde arbeitend, ihre Propaganda betrieben. Und geschickt wurde der alte Nationalhaß gegen die Russen für innenpolitische, reaktionäre Zwecke ausgenützt. Auch die Religion wurde als Steckenpferd angewendet. Im übrigen holten sich die Lappoleute ihre Parolen aus der nationalsozialistischen Literatur durch Vermittlung ihrer akademisch gebildeten Freunde.

Das Jahr 1930 war die Blütezeit der Lappobewegung. Zu Hunderten wurden *terroristische Taten* verübt gegen die Vertrauensleute der kommunistischen, aber auch schon der sozialdemokratischen Arbeiter. Eine Druckerei wurde zerstört, Volkshäuser beschädigt, sogar einige Morde verübt. Gewalttätig wurden Arbeitervertreter aus den Gemeindevertretungen entfernt und mißhandelt, sogar zwei kommunistische Abgeordnete wurden aus dem Reichstage weggeschleppt.

Die Bürgerlichen schämten sich wohl etwas, aber im Grunde waren sie damit sehr zufrieden, daß die Arbeiterschaft von einigen Positionen des gesellschaftlichen Lebens vertrieben wurde. Der Einfluß der Arbeiterschaft war zu groß geworden: sie besaß im Reichstage 82 Vertreter (59 Sozialdemokraten und 23 Kommunisten), sie übte durch ihre Gewerkschaften einen gewissen Einfluß auf die Arbeitsbedingungen aus, und mittels ihrer mustergültig entwickelten Genossenschaftsbewegung hatte sie den privaten Händlern manchen guten Bissen entrückt. Die Volkshäuser hatten sich gefüllt, die Kirchen geleert. Die Gehälter der hohen Beamten waren nicht unmäßig ge-

¹ Seit 1906 besteht in Finnland allgemeines aktives und passives Wahlrecht für Männer und Frauen.

stiegen. — Auch befanden sich Händler, Pfaffen und Beamte unter denen, die die Lappobewegung unterstützten. Eine führende Stellung nahmen aber die Herren der Exportindustrie ein; ihnen war es von größter Wichtigkeit, daß die Widerstandsfähigkeit der Arbeiterschaft gebrochen werde, damit die Löhne reduziert werden und das finnische Papier und Holz auf den Weltmärkten erfolgreich konkurrieren konnten, ungeachtet der im Ausland reduzierten Preise.

Aber der sozialdemokratische Parteivorstand ermunterte in mehreren Aufrufen die Arbeiterschaft zum Widerstand, und die Arbeiter befolgten heldenmütig diese Aufforderungen.

Eine neue Regierung trat an, um die Forderungen der Lappoleute durchzusetzen. Die kommunistischen Zeitungen wurden unterdrückt, die Organisationen ebenso. Es sollten Gesetze erlassen werden, um die Kommunisten ganz aus dem öffentlichen Leben zu vertreiben. Die sozialdemokratische Fraktion leistete einen starken Widerstand, obgleich die Abgeordneten persönlich bedroht wurden. Die Gesetze wurden abgelehnt — infolgedessen wurde der Reichstag aufgelöst, und es fanden *Neuwahlen* statt (Oktober 1930). Auch die kommunistischen Arbeiter stimmten jetzt mit den Sozialdemokraten, weil sie keine eigene Wahltätigkeit betreiben durften. Die proletarische Solidarität bewährte sich. Aber die Gewalttätigkeiten der Lappoleute, von dem wirtschaftlichen Terror der Arbeitgeber begleitet, brachte die Zahl der Arbeitervvertreter von 82 herab bis auf 66 (von 200 Abgeordneten). Hiernach wurden die *Kommunistengesetze* — indem die Regierung auf den Reichstag den stärksten Druck ausübte — mit allen bürgerlichen Stimmen gegen alle sozialdemokratischen angenommen.

Auch auf dem wirtschaftlichen Gebiete zeitigte die Lappobewegung verhängnisvolle Erfolge. Der Umstand, daß die *gewerkschaftliche Bewegung* der Arbeiter unter kommunistische Führung geraten war — die ihre Stellung benützt hatte, um auch auf dem gewerkschaftlichen Gebiete Politik zu treiben — wurde von den Lappoleuten ausgenützt, um die Auflösung der gewerkschaftlichen Landesorganisation und der angeschlossenen Verbände zu fordern. Die Behörden gehorchten — und die Arbeiter standen danach schutzlos den Angriffen auf ihren Lohnstandard gegenüber. Nur allmählich gelang es den Sozialdemokraten, mitten in der Reaktion und der Wirtschaftskrise wieder eine Organisation aufzubauen. Aber vorher noch, im Sommer 1930, wurden den schutzlosen Arbeitern die *Löhne* aufs fürchterlichste beschnitten: in mehreren Gewerben mit 30, 40, 50 Prozent!

Hiernach geriet die Lappobewegung in einen Stillstand. Sie hatte die Aufgabe erfüllt, die die ganze Bourgeoisie von ihr erwartet hatte; die demokratischeren Bürgerlichen hofften, sie sollte selbst ihre Aufgabe als erfüllt betrachten. Auch die Bauern konnte die Lappobewegung nicht für sich gewinnen. Als die Bauern, durch ihre Notlage in Verzweiflung gebracht, für ihre eigenen Zwecke dieselben gewalttätigen Methoden anwenden wollten, die sie von den Lappoleuten

gelernt, als sie also versuchten, die Zwangsversteigerungen ihrer Bauerngüter gewalttätig zu verhindern, da tobte die ganze bürgerliche Presse und auch die mit Lappo befreundete Bankenwelt gegen sie — und dann versagten die Lappo-Methoden, sobald es gegen das Kapital ging. Die Banken waren eben an den Versteigerungen interessiert.

Für das ganze wirtschaftliche Leben Finnlands wurden die maßlosen *Lohnreduktionen verhängnisvoll. Weil der Arbeiter nicht kaufen konnte, konnte der Bauer nicht verkaufen.* Auch die für den inneren Markt arbeitende Industrie litt unter dem Niedergang der Kaufkraft. Die Krise wurde also vertieft und verlängert; alle die alten Sünden rächten sich, wie zum Beispiel die leichtsinnige Kreditpolitik der Banken: die Menge von gefrorenem Kredit verursachte Verluste und verhinderte lange die von den Bauern heiß ersehnte Reduktion des Zinsfußes. Andererseits machten es die Lohnreduktionen der Exportindustrie möglich, »Lohndumping« zu treiben, und Finnland kam dadurch in schlechten Ruf, besonders in Skandinavien, wo sowohl die Arbeiter als die Arbeitgeber die Konkurrenz der finnischen Holzhändler fürchten mußten.

Die unterdrückte Arbeiterklasse war unfähig, die *Wirtschaftspolitik* nennenswert zu beeinflussen. Diese hat infolgedessen in den Krisenjahren einen bürgerlichen Klassencharakter getragen.

Vor allem wurde den *Bauern* geholfen. Ihre Lage war wirklich schlecht. Die Schulden der finnischen Landwirtschaft betrugen sechs Milliarden finnische Mark (1 Fmk. = Schweizerfranken — .07), wovon nur 20 Prozent langfristiger Kredit, *und der Zinsfuß war 10 Prozent oder mehr!* Die Rentabilität der Landwirtschaft betrug in der Krisenzeit etwa 3 Prozent. Die Zahl der Zwangsversteigerungen wuchs von Jahr zu Jahr (1933: 3296). Die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse waren 1931 nur noch 70 Prozent derjenigen der Vorkrisenzeit.

Um den Bauern zu helfen, wurde zu zahlreichen Maßnahmen geschritten, welche die Lasten der Krise den hungernden Konsumenten auferlegten. Die *Zölle* wurden mehrmals erhöht und wirken nunmehr geradezu prohibitiv. Ferner wurden, zwecks Stabilisierung der Preise, *Exportprämien* festgesetzt für Eier, Schweinefleisch, Butter, Käse — mit andern Worten: Dumping wurde betrieben, angeblich um fremdes Dumping abzuwehren. Die Margarineproduktion wurde auf ein Viertel der bisherigen Quantität reduziert. Den Mühlen wurde zur Pflicht gemacht, gewisse Quantitäten einheimischen Getreides ins ausländische zu mischen. Die Regierung bekam so gut wie diktatorische Vollmachten, um die Ein- und Ausfuhr und überhaupt das Wirtschaftsleben zu regulieren. Um besonders den verschuldeten Bauern zu helfen, wurden Staatsgelder bewilligt zur Konvertierung ihrer Schulden und der Staat übernahm es, zwangsversteigerte Bauernhöfe zu kaufen, um sie eventuell an die Besitzer zurückzugeben (was schon in 3500 Fällen geschehen ist).

Schlechter wurde für die *Abeitslosen* gesorgt, deren Zahl bis auf 100,000 stieg (bei einer Bevölkerung von 3,5 Millionen). Für Notstandsarbeiten wurden 1929 bis 1932 256 Millionen Fmk. aufgewendet, 1933

312 und für 1934 sind 246 Millionen disponibel. Dabei sind aber die ordentlichen staatlichen Arbeiten stark beschränkt worden — um zu sparen! Bei den Notstandsarbeiten wird ein um etwa 20 Prozent reduzierter Lohn bezahlt², was einen starken Druck auf das allgemeine Lohnniveau bewirkt hat. Der Staat ging dabei an der Spitze, indem er mehrere reguläre Arbeiten in Notstandsarbeiten umwandelte, damit das Geld länger ausreiche! Die Löhne sind infolgedessen dermaßen gesunken, daß zahlreiche Gemeinden durch die *Armenpflege* solchen Arbeitern haben helfen müssen, die in staatlichen Notstandsarbeiten oder auch in der privaten Industrie beschäftigt waren. Zahlreiche Gemeinden gerieten dadurch in Schwierigkeiten.

Die *Wirtschaftspolitik der Sozialdemokratie* forderte das Entgegengesetzte: die regulären Arbeiten sollten vermehrt und die Löhne erhöht werden. Die Kaufkraft der breiten Volksschichten sollte wiederhergestellt werden. Es gelang auch, 1933 im Reichstage ein paar Beschlüsse durchzusetzen, worin die Regierung aufgefordert wurde, für die Hebung des Lohnniveaus in der staatlichen und auch in der privaten Industrie zu wirken; in jener Hinsicht sind auch einige praktische Erfolge erzielt worden und in der letzten Zeit, wo das Wirtschaftsleben sich zu beleben begann, wurden mehrere Lohnstreiks erfolgreich durchgeführt.

Um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, forderten die Sozialdemokraten ferner im Reichstage die genauere Durchführung des achtstündigen Arbeitstages (Gesetz seit 1917) und Festsetzung eines Normalarbeitstages für die Landarbeiter. In dieser Hinsicht konnte nichts erreicht werden.

Bei der Regelung der landwirtschaftlichen Schulden waren unsere Genossen bestrebt, die Interessen der *Kleinbauern* zu wahren. Von diesen gehört seit langem ein wesentlicher Teil zu den treuen Anhängern der Sozialdemokratie; dagegen werden ihre Interessen oft von den bürgerlichen Machthabern vernachlässigt, weil diese von den größeren Grundbesitzern stärker beeinflußt werden. Ferner forderten die Sozialdemokraten Maßnahmen zur Bewahrung des Waldbestandes — des wichtigsten Nationalreichtums Finnlands — und erreichten in dieser Hinsicht auch mehreres. Andere Forderungen betrafen Verbesserung der schlechten Wohnungsverhältnisse der Landarbeiter, Schaffung einer Sozialversicherung (Finnland besitzt eine solche nicht!) und Reform der außerordentlich drückenden Steuerverhältnisse (zwei Drittel der staatlichen Steuern sind indirekte). Mit Hilfe der Bauernpartei und trotz des rasenden Widerstandes der Reaktionäre gelangte zur Annahme eine von den Sozialdemokraten vorgeschlagene Aufforderung an die Regierung, eine staatliche Kommission einzusetzen mit der Aufgabe, die *Kreditpolitik* und den *Zinsfuß* der privaten Bankenwelt zu überwachen; die Regierung hat aber die Frage noch nicht entschieden. Es handelt sich hier um ein lebenswichtiges Interesse des ganzen Volkes, denn wenn

² Dieses System stammt aus Schweden, wirkt aber in Finnland, wo die Gewerkschaften schwach sind, weit verheerender als dort.

jetzt in der Hochkonjunktur dieselben Fehler begangen werden wie vorher, wird auch eine neue Krise vorbereitet.

In einem *Wirtschaftsprogramm*, das vom Parteitage 1933 angenommen wurde, hat die finnische Sozialdemokratie ihre Ansichten über die künftige wirtschaftliche Entwicklung ihres Landes niedergelegt. Derselbe Parteitag richtete an die Arbeiter eine Aufforderung, unermüdet den *Kampf gegen den Faschismus* fortzusetzen. Der Faschismus sei durch das Treiben der Kommunisten gefördert worden, und auch die Krise habe Massen von Kleinbürgern in die Arme der Reaktion getrieben; gefährlich sei der Lappofaschismus besonders deshalb, weil er sich befleißige, unter den Offizieren der Armee und ganz besonders in den Schutzkorps (einer 1918 entstandenen, von lauter Bürgerlichen bestehenden Miliz) Anhänger zu werben. Aber der Faschismus werde wie jede Diktatur unfähig sein, die großen wirtschaftlichen Probleme zu lösen. Die Arbeiterschaft müsse die Demokratie verteidigen.

Die Lappobewegung hatte indessen eine Renaissance erlebt. Einige von ihren tönlichsten Anhängern hatten im März 1932 einen Aufstand gemacht und selbst die Führung der Bewegung hatte sich mit ihnen solidarisiert und versucht, den begonnenen lokalen Aufstand zu einem allgemeinen zu entwickeln. Der Versuch scheiterte kläglich und öffnete die Augen mehrerer friedlicher Philister, um den wahren Charakter dieser Bewegung zu erkennen, die angeblicherweise nur den »Kommunismus« bekämpfen wollte. Bald aber organisierte sich die Bewegung von neuem, zum Teil unter neuen Führern, beteuerte aber, sie wolle strikte gesetzmäßig wirken — und die Machthaber ließen sie wirken.

Die »Vaterländische Volksbewegung«, wie sich das neue Lappo nennt, hat sich eine straffe Organisation geschaffen nach nazistischem Muster. Sie wendet sich leidenschaftlich gegen die Sozialdemokratie und fordert ihre Auflösung, weil unsere Partei zur SAI. gehört und ein ausgeprägt antimilitaristisches Programm besitzt. Ferner hat das neue Lappo versucht, unter den Arbeitern Anhänger zu werben, was das alte Lappo sogar nicht versuchte. Der Erfolg blieb aber aus; einzig ehemalige Streikbrecher und ähnliche Elemente schlossen sich an. Jedesmal, wenn die Lappoleute ihre Stellung zu konkreten sozialen Fragen bekennen müssen, zeigen sie sich als Lakaien des Kapitals.

Die Wahlen vom Juli 1933 gaben den Arbeitern eine heiß ersehnte Gelegenheit, ihrer lange gehäuften Erbitterung Ausdruck zu geben. Die Stimmenzahl der Sozialdemokratie wuchs um 7 Prozent oder bis auf 412,759 Stimmen, was unserer Partei 78 Mandate brachte (von 200). Infolgedessen konnte die Meinung der Arbeiterschaft nicht so rücksichtslos mißachtet werden wie früher; einige reaktionäre Vermächtnisse der vorigen Jahre wurden liquidiert. Andererseits aber wurden gewisse Ausnahmegesetze als nötig erachtet, um die Tätigkeit des Lappo zu erschweren (so zum Beispiel ein Verbot gegen politische Uniformen); einige von diesen Gesetzen haben aber einigermaßen auch den Arbeitern geschadet. Die Machtergreifung der Nationalsozialisten in Deutschland und die 1932 bis 1933 aufblühende faschistische Be-

wegung in Estland wirkte auf die Lappoleute ermunternd, und sie unterhielten rege Verbindungen mit ihren Gesinnungsgenossen in diesen Ländern. Die Ereignisse vom 30. Juni wirkten aber in Finnland wie in Skandinavien aufklärend auf die bürgerlichen Kreise.

Die Sozialdemokratie bleibt aber nach wie vor eine reine Arbeiterbewegung. Sie versäumt die Möglichkeiten nicht, auch zu der Intelligenz zu sprechen, auf die ja die vorhergehende wirtschaftliche und soziale Entwicklung hat aufklärend wirken müssen. Größere Erfolge sind aber nicht errungen worden; zum Beispiel von den Studenten hat sich nur eine kleine aber mutig kämpfende Schar der Sozialdemokratie angeschlossen.

Die jetzige gute Wirtschaftslage hat die Lage der Sozialdemokratie einigermaßen verbessert. Die Mitgliederzahl (zur Zeit nur 25,000) ist wieder im Steigen begriffen; es gilt, einen größeren Teil von den Sozialdemokratischen Wählern in die Parteikader einzureihen; es gilt, das innere Parteileben zu entwickeln, die marxistische Ueberzeugung zu befestigen. Mehreres ist in diesen Hinsichten in der letzten Zeit getan worden; das meiste ist noch zu tun.

Schwedische Politik und Arbeiterbewegung

Von Gunnar Lundberg, Stockholm.

Die schwedische Sozialdemokratie hatte sich seit 1926 nicht an der Regierung beteiligt. In diesem Jahr hatten die bürgerlichen Parteien nämlich eine derartige Verschlechterung der Arbeitslosenhilfe durchgeführt, daß eine sozialdemokratische Regierung für eine solche Arbeitslosenpolitik die Verantwortung nicht übernehmen wollte. Die allgemeine Meinung in der Partei war auch noch 1930, daß es längere Zeit dauern würde, ehe eine neue sozialdemokratische Regierung in Schweden ans Ruder kommen würde.

Die politische Entwicklung ist aber einen anderen Weg gegangen. Die Wirtschaftskrise, die sich in der Industrie noch im Jahre 1930 kaum bemerkbar gemacht hatte, verschärfte sich sehr schnell, und bei den Wahlen 1932 war es deshalb selbstverständlich, daß die Sozialdemokratie eine wirksamere Krisenbekämpfung forderte. Oeffentliche Arbeiten für die Arbeitslosen, Staatshilfe für die armen Kleinbauern, Einigung aller Arbeitenden im Kampf für die Demokratie — das waren die wesentlichsten Wahlparolen. Und zwar hatte die Partei sich sehr große Mühe gegeben, die neue Krisenpolitik konkret und praktisch darzustellen. Auch die Finanzierungsmethoden wurden den Wählern im einzelnen dargestellt.

Das Wahlresultat war glänzend. Fürs erstemal erhielt eine Partei in Schweden — und zwar die unsrige — *mehr als eine Million Stimmen*. Prozentual hat die Partei 41,7 Prozent von allen Stimmen bekommen. Mit den Kommunisten gab es eine Stimmenmajorität von ein paar hundert Stimmen gegen sämtliche bürgerlichen Parteien. Im